

WISO

Nr. 2/22
Dezember 2022
45. Jahrgang

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Schwerpunkt:
**ENERGIE IN DER NAHEN ZUKUNFT –
LEISTBAR, SOZIAL UND ÖKOLOGISCH?**

Birgit Mahnkopf: Zurück zu Atomstrom, Holz und Kohle? Europäische Antworten auf die „Energiekrise“ eskalieren den Krieg gegen den Planeten • *Charlotte Jüsten, Felix Steinhardt:* Energie-Grundanspruch statt Strompreisbremse: Wieso das Experiment des liberalisierten Energiemarktes gescheitert ist und wie eine klimasoziale Energieversorgung aussehen muss • *Hans-Jürgen Urban:* Die Poly-Krise des globalen Kapitalismus als Strategieproblem der Gewerkschaften

WISO Praxisforum

Rudolf Lehner: Die Abschaltung der Energieversorgung ist kein unvermeidbarer Schicksalsschlag! • *Sandra Matzinger, Christian Berger:* Die Energiewende aus Geschlechterperspektive • „Man muss den Kapitalismus in die Schranken weisen“ – *Interview mit Christian Kempinger*

Zurück zu Atomstrom, Holz und Kohle? Europäische Antworten auf die „Energiekrise“ eskalieren den Krieg gegen den Planeten

1. Die Wiederkehr geopolitischen Denkens und Handelns	14
<hr/>	
2. Das Ende von billiger Energie – und der Wettlauf um „kritische Metalle“	15
2.1 Steigende Energiepreise als Folge wachsender Nachfrage bei gestiegenen Förderkosten	16
2.2 Folgen der Energiekrise für die Nahrungsmittelpreise	18
<hr/>	
3. Die Demontage eines imaginären „European Green Deal“	20
3.1 Blindstellen des „European Green Deal“	21
3.2 Die energiepolitische „Rolle rückwärts“	22
3.3 Der Umstieg auf Flüssiggasimporte verschärft die drohende Wirtschafts- und Schuldenkrise in der EU	24
<hr/>	
4. „Climate Endgame“ anstelle sozialökologischer Transformation?	27
4.1 Alarmierende Befunde im Vorfeld der 27. UN-Klimakonferenz im November 2022	27
4.2 Das Gebot der Stunde: Ausrichtung aller Politik, auf allen Ebenen und unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte auf einen „ökologischen Imperativ“!	30

Birgit Mahnkopf

Professorin im Ruhestand für Europäische Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) und Mitglied am dortigen Institute for International Political Economy (IPE Berlin); Autorin zahlreicher Bücher und Abhandlungen insb. zu Problemen der Globalisierung und europäischer Politik.

In der europäischen Öffentlichkeit hat sich der Eindruck verfestigt, dass der Krieg in der Ukraine eine „Zeitenwende“ eingeleitet hat, die eng mit der „Energiefrage“ verknüpft ist. Worin genau diese „Energiefrage“ besteht, soll Gegenstand der nachfolgenden Abhandlung sein.

1. Die Wiederkehr geopolitischen Denkens und Handelns

Viele Zeitgenoss:innen scheinen erst im Jahr 2022 entdeckt zu haben, dass die europäischen Staaten, allen voran Deutschland, von billigen Energieimporten aus Russland abhängig sind. Nicht zufällig fällt diese Entdeckung zusammen mit dem Ende des letzten Globalisierungszyklus, der seit Beginn der 1990er Jahre den neoliberalen geo-ökonomischen Wettbewerb befördert hatte (Altwater/Mahnkopf 2007). Wie nach jener ersten Globalisierungsphase, die mit dem Niedergang des Britischen Empire zu Beginn des 20. Jahrhunderts endete, so bewegen wir uns auch heute zurück zur geo-politischen Konfrontation zwischen souveränen Nationalstaaten und zu heißen und kalten Kriegen. Wie damals geht es auch heute wieder um die Bewahrung oder Herstellung nationaler Sicherheit, die Etablierung von militärischer Vorherrschaft und um den Zugang von Investor:innen zu begehrten „strategischen Ressourcen“.

*Ende der
Globalisierung
und Rückkehr zu
geopolitischer
Konfrontation*

Dabei steht nach wie vor der Zugang zu fossilen Rohstoffen ganz oben auf der Agenda, denn von diesen ist der moderne Industriekapitalismus anhängig wie ein Junkie von den Drogen. Zugleich geht es heute in wachsendem Maße um Mineralien für die Herstellung von Technologien zur Erzeugung von erneuerbarer Energie, für Elektromobilität, fortgeschrittene Medizintechnik und für die Digitalisierung von Industrie, Infrastruktureinrichtungen und moderner Kriegsführung. Im Kampf um die zukünftige globale Hegemonie zwischen den USA und China sind aber nicht allein physische strategische Ressourcen von Bedeutung, sondern auch die Fähigkeit, Standards für zukünftige Technologien zu setzen – bei den neuen Mobilfunknetzen, bei der Entwicklung besonders leistungsfähiger Algorithmen und Supercomputer. Denn von „technologischer Suprematie“ hängt die Industrie 4.0 ebenso ab, wie die Fähigkeit „Cyber“- und „Hyperwars“ zu führen. Zukünftig, zumal unter den Bedingungen der sich dramatisch zuspitzenden Klimakatastrophe, dürfte aber auch der enge Nexus von Wasser, Energie und Land resp. Nahrungsmittelproduktion zu einer zusätzlichen Quelle geopolitischer Konfrontation werden. Freilich geht es auch heute noch darum, Märkte und Marktanteile

*Zugang zu fossilen
Rohstoffen und –
in wachsendem
Maße – zu
Mineralien*

im Souveränitätsraum anderer Staaten zu erschließen. Dabei wird aber immer weniger allein auf „sanfte“ Instrumente („soft power“) gesetzt, insbesondere auf die Macht der wettbewerbsfähigsten Marktakteure die Normen und Regeln für technische Standards, für Preise, Wechselkurse und die Regeln des Welthandelsregimes zu bestimmen. Was bekanntlich zur Folge hat, dass sich andere, weniger wettbewerbsfähige Marktteilnehmer als „Standard-Nehmer“ zu verhalten haben: entweder gelingt es ihnen, sich (etwa durch Lohndumping und/oder die Unterschreitung globaler Standards durch Verletzung von Arbeitnehmer:innen und Menschenrechte) am Markt zu behaupten oder sie werden in die „informelle Ökonomie“ verdrängt, wenn sie nicht ganz vom Markt verschwinden.

*von der
„soft power“ ...*

Zugleich stehen heute aber wieder vermehrt „harte“ Maßnahmen („hard power“) auf der Tagesordnung. Dazu gehören die militärische Intervention in den Souveränitätsraum anderer Staaten (in der Luft, zu Land und im Meer), die sowohl mit wie ohne eine Kriegserklärung erfolgen kann. Dazu rechnen die Eroberung, Kontrolle, Verteidigung von Territorien in Stellvertreterkriegen, ebenso wie der von außerhalb eines staatlichen Souveränitätsraums gesteuerte „regime change“; dieser erfolgt durch die finanzielle, informationstechnische und/oder militärische Unterstützung ausgewählter Bevölkerungsgruppen, zunehmend aber auch durch die Tötung unliebsamer Repräsentanten einer fremden Macht durch ferngesteuerte Drohnen. Doch immer schon gehörte auch die (häufig kreditgebundene) Finanzierung, Planung und Erstellung, aber ebenso die Verhinderung von großen Infrastrukturprojekten zu einem wichtigen Instrument, das einer gebietsfernen Macht die Möglichkeit eröffnet, Einfluss und Kontrolle bis weit in den Souveränitätsraum anderer Staaten ausüben zu können. Daher ist sowohl der Bau einer Pipeline (für Öl oder Gas) wie die Verhinderung desselben immer ein geopolitisch hart umkämpfter Vorgang; zukünftig dürfte dies auch bei transkontinentalen Stromnetzen der Fall sein (Mahnkopf 2022a). Dies ist der Hintergrund, vor dem wir die aktuelle „Energiefrage“ betrachten müssen.

*... zur
Wiederkehr harter
Maßnahmen*

2. Das Ende von billiger Energie – und der Wettlauf um „kritische Metalle“

Seit Beginn des modernen Industriekapitalismus im späten 18. Jahrhundert ist die Nachfrage nach fossilen Energieträgern beständig angestiegen. Ihre stetige Verfügbarkeit zu möglichst niedrigen Preisen war

Grundlage der exorbitanten Ertragssteigerung landwirtschaftlicher Produktion und damit zugleich Grundlage sowohl des Wirtschafts- wie des Bevölkerungswachstums. Nahezu alle technologischen Innovationen seit der Industriellen Revolution basierten auf fossiler Energie. Da rief es Erstaunen hervor, als die „International Energy Agency“ im Winter 2021 verkündete, dass die Zeit billiger fossiler Energieträger zu Ende geht. In ihrer „Wegbeschreibung für globale Energiesicherheit“ (IEA 2021) unterstellte sie, dass keine neuen Investitionen in die Ausweitung des Angebots an fossiler Energie mehr getätigt werden und auch keine Investitionen in den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken. Zugleich plädierte sie dafür, ab 2035 den Verkauf von KfZ mit Verbrennermotor zu untersagen und den Ausbau von erneuerbarer Energie bis 2040 um das Vierfache zu steigern, so dass diese dann 95 Prozent des Strombedarfs decken könnte.

2.1 Steigende Energiepreise als Folge wachsender Nachfrage bei gestiegenen Förderkosten

Seit längerem war absehbar, dass bei anhaltender Nachfrage nach fossilen Energieträgern, das Angebot nicht mithalten und die Preise steigen würden. Zwar hatte es zwischen 2016 und 2019 ein spekta-

weitgehend erschöpfte Öl- und Gasfelder führten zu (noch) umweltschädlicherer Fracking-Gas-Förderung

kuläres Wachstum der sogenannten „nicht-konventionellen“ Öl- und Gasproduktion, insbesondere in den USA und in Kanada gegeben. Doch einmal ganz abgesehen davon, dass deren Förderung um ein

Mehrfaches umweltschädlicher ist als die von „konventionellem“ Öl und Gas, sind die Förderkosten von Schiefer- und von Tiefsee-Öl oder von Fracking-Gas auch deutlich höher als bei den leicht zugänglichen, heute aber weitgehend erschöpften konventionellen Öl- und Gasfeldern.

Öl- und Gaspreise waren daher bereits vor Beginn des Krieges in der Ukraine im historischen Vergleich recht hoch. Das lag auch daran, dass sich die großen privaten Energiekonzerne mit Investitionen in die Erschließung von neuen und im Vergleich zu früher deutlich schwerer zugänglichen Feldern zurückgehalten hatten. Solche Investitionen zahlen sich erst im Verlauf von 20–30 Jahren aus – und die reichen Abnehmerländer in Nordamerika und Europa hatten ja mit großem Medienecho angekündigt, dass sie sich am schnellsten von

den fossilen Energieträgern verabschieden und den Pfad in Richtung „Klimaneutralität“ von Wirtschaft und Gesellschaft einschlagen wollten. Daher drängten die Anteilseigner der großen Energiekonzerne auf die Ausschüttung von Dividenden und den Rückkauf von Aktien statt auf eine Ausweitung von Exploration und Förderung.

Parallel zu den „Green Deals“, die in den großen Verbraucherländern der EU und in den USA angekündigt wurden, sollte die „Digitalisierung“ von Wirtschaft und Gesellschaft in der EU vorangetrieben werden. Doch digitale Infrastrukturen benötigen große Mengen an Energie insbesondere zur Kühlung der gigantischen Datenzentren; v.a. allem aber brauchen sie, ebenso wie die Technologien zur Erzeugung von Wind- und Solarstrom, die Batterien für die E-Mobilität und die vielen neuen automatischen neuen Waffensysteme riesige Mengen an Metallen und Mineralien, die als „kritisch“ gelten (Mahnkopf 2019).

„Green Deals“ und „Digitalisierung“ benötigen riesige Mengen an kritischen Mineralien

Als „kritisch“ gelten diese deswegen, weil sie in der EU (ebenso wie in den USA) entweder nicht vorhanden sind oder weil ihre Förderung aufgrund anderweitigen Nutzungsformen des jeweiligen Territoriums sozial und ökologisch umstritten ist. Wo dennoch eine (meist mit erheblichen Umweltschäden verbundene) Förderung etwa des begehrten Lithiums für die Batterieproduktion ins Auge gefasst wird – so z. B. im ländlichen Norden Portugals oder in Serbien – regt sich, und dies aus guten Gründen, sofort massiver Protest vonseiten der lokalen Bevölkerung. Was in den Weiten der mongolischen Wüste möglich ist, wo chinesische Unternehmen unter Missachtung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards „kritische Metalle“ für den Einbau in Solarmodule und Windturbinen fördern, die (bislang) als preisgünstige Produkte für die hiesige „Energiewende“ Verwendung finden, lässt sich im dichtbesiedelten Europa kaum realisieren.

Widerstand in Europa und Verlagerung in peripheren Regionen

Im ökonomischen Sinne „kritisch“ werden Rohstoffe dann, wenn die absehbare Nachfrage ihren Preis so sehr in die Höhe treibt, dass Unternehmen fürchten müssen, nicht mehr mithalten zu können, weil sie steigende Preise nicht an die Endnachfrager weitergeben können – und dies ist bei vielen Metallen und Mineralien heute der Fall. Das belegen Studien der Deutschen Energieagentur (DERA 2021) wie auch der Weltbank: Weil sich die reichen Länder des globalen Nordens, allen voran an die EU, eine Wende zu „sauberen“ (also CO₂-armen) Technologien auf die Fahnen geschrieben haben, könnte die Nachfrage nach Graphit, Lithium und Kobalt im Zeit-

raum von 2018 bis 2050 um 450 Prozent steigen. Bei Grundstoffen wie Aluminium, Kupfer, Eisen, Zink und Nickel wird zwar mit einer weniger dramatischen prozentualen Steigerung gerechnet, doch in absoluten Zahlen ausgedrückt ist der prognostizierte Bedarf riesig. Je nachdem, wie umfangreich „unsere Energiewende“ ausfällt, könnte allein die Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen von 40–50 Tonnen in 2020 auf 1,8 bis 3,5 Milliarden Tonnen in 2050 ansteigen (Word Bank 2020).

*E-Autos benötigen
sechsmal mehr
kritische Rohstoffe
als herkömmliche
Fahrzeuge*

Wobei der Materialbedarf für die benötigten Infrastrukturen (etwa Stromnetze) oder die Gehäuse von E-Autos noch gar nicht eingerechnet wurden. Letztere benötigen bekanntermaßen sechsmal mehr „kritische Rohstoffe“ wie ein herkömmliches Fahrzeug und sie bestehen aus bis zu 800 kg Aluminium. Um diesen Rohstoff, ohne den es auch bei den großen Windkraftanlagen nicht geht, zu gewinnen, werden beispielsweise in Ghana ganze Dörfer umgesiedelt oder die Einwohner:innen einfach vertrieben. Dann wird Bauxit zur Aluminiumgewinnung abgebaut, solange bis die Mine ausgebeutet ist; zurück bleibt meist eine düstere Mondlandschaft und verseuchtes Grundwasser. Kaum weniger naturzerstörend gestaltet sich der Abbau von Kupfer (in Chile oder Indonesien), das in riesigen Mengen für die Generatoren, Getriebe und Kabelstränge von Windkraftanlagen benötigt wird, oft gefördert mit Kreditzusagen aus Deutschland oder anderen reichen Industrieländern. Doch weder beim Kupfer noch beim Aluminium rechnet die Weltbank damit, dass exorbitant gesteigerte Recyclingquoten, die wachsende Nachfrage auch nur zur Hälfte decken werden.

2.2 Folgen der Energiekrise für die Nahrungsmittelpreise

*Nutzungskonkurrenz um Flächen
für Solar- und
Windenergie lässt
massive gesellschaftliche
Konflikte erwarten*

Infrastrukturen für erneuerbare Energie müssen ja erst noch hergestellt werden, derweil die Infrastrukturen für Energie aus fossilen Quellen bereits existieren. Besonders groß ist der diesbezügliche Infrastrukturbedarf, wenn erneuerbare Energie von weit her beschafft und nicht dort produziert wird, wo sie verwendet werden soll. Daher ist ihr sogenannter „Erntefaktor“ (auch „Energy Return on Energy Invested“ oder EROI genannt) deutlich geringer als der von energetisch viel dichteren konventionellen fossilen Energieträgern. Darüber hinaus gibt es stets und überall eine Nutzungskonkurrenz für die Flächen, auf denen Windstrom – oder Solaranlagen errichtet werden müssen und daher sind massive gesellschaftliche Konflikte

grundsätzlich immer erwartbar – egal ob in Deutschland, Österreich, in Spanien oder Marokko.

Wenn alle Voraussetzungen berücksichtigt werden, wird schnell klar, dass die Bereitstellung von Energie aus erneuerbaren Quellen voraussetzungsvoll und auch nicht billig ist. Investitionen in diese Energieformen werfen zudem eine geringere Rendite ab als solche in fossile Energieträger, weil deutlich weniger Marktbarrieren bestehen, so dass faktisch ein:e jede:r Energieproduzent:in werden und nicht benötigte Überschüsse sogar leicht über das Netz verkaufen kann. Das macht diese Energieformen für private Investor:innen weit weniger interessant als Anlagen in die Fossilen.

Herstellung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen voraussetzungsvoll und nicht billig

Doch billige Energie war und ist zugleich die entscheidende Grundvoraussetzung für die Herstellung billiger Nahrungsmittel; sie wird benötigt für Maschinen, Dünge- und Pflanzenschutzmittel, für den Transport und die Lagerung von Lebensmitteln und immer häufiger für die künstliche Bewässerung von Anbauflächen. Allerdings waren europäische Bürger:innen, v. a. diejenigen in Deutschland und in Österreich, bisher daran gewöhnt, dass Ausgaben für Lebensmittel von vergleichsweise geringer Bedeutung für sie waren. Wenn die länderspezifischen Ungleichheitsrelationen innerhalb der jeweiligen Bevölkerungen vernachlässigt werden, zeichnen sich reiche Länder wie die USA, Kanada, Singapur und Australien dadurch aus, dass der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den durchschnittlichen Haushaltseinkommen seit langem schon unter 10 Prozent liegen; in Europa trifft dies auf Großbritannien, die Schweiz, Luxemburg und Österreich und annähernd auch auf Deutschland zu. Die überwiegende Zahl der Menschen in Afrika und Asien muss hingegen 40 Prozent und z. T. noch mehr ihrer Haushaltseinkommen für Nahrungsmittel aufwenden.

billige Energie entscheidende Grundlage für die Herstellung billiger Nahrungsmittel

Daher ist die heute in unseren Ländern vernehmbare Klage über gestiegene Lebensmittelpreise als Folge der Energiepreisinflation, bei gleichzeitig anhaltender Verschwendung von Nahrungsmitteln, eher als Ausdruck eines „ver-rückten“ Konsumverhaltens zu deuten: Energie, Lebensmittel und, so wäre zu ergänzen, Wasser – wiewohl die wichtigsten Mittel zum Leben – sollen spottbillig sein, damit das verfügbare Haushaltseinkommens, außer für das Wohnen, vor allem für nicht lebenswichtige Güter und Dienstleistungen ausgegeben werden kann. Der Verweis auf die ärmsten 20 Prozent der

ver-rücktes Konsumverhalten in reichen Ländern

jeweiligen Bevölkerungen, die freilich in Europa wie in anderen Teilen der Welt weit höhere Anteile ihres Haushaltseinkommen für diese lebenswichtigen Güter ausgeben müssen und daher heute tatsächlich große Not leiden, dient dabei oft nur als Legitimation für starrköpfiges Beharren der Mehrheitsbevölkerungen, dass das was bislang als „normal“ galt, auch in Zukunft garantiert sein sollte.

*Arbeitnehmer:
innen: Prioritäten
in der persönli-
chen Lebensfüh-
rung ändern und
fairen Anteil an
dem Gewinn der
Unternehmen
einfordern*

Doch ist davon auszugehen, dass energetische wie nicht-energetische und daher auch agrarische Rohstoffe nie wieder so billig zur Verfügung stehen werden, wie dies in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war. Das wird zu erheblichen Verteilungskonflikten führen und Arbeitnehmer:innen dazu zwingen, Prioritäten in ihrer persönlichen Lebensführung zu ändern, zugleich aber – und dies unter deutlich erschwerten Bedingungen – ihren fairen Anteil an den erwirtschafteten Gewinnen der Unternehmen einzufordern. Gleichzeitig wird es ihnen nicht erspart bleiben, dass die „neue Normalität“ darin besteht, mit weniger „Energiesklaven“ auszukommen. Mit diesem Begriff hatte der Physiker Hans-Peter Dürr einst verdeutlichen wollen, worauf die ökonomischen, technologischen und letztlich auch sozialen Fortschritte seit Beginn der Industriellen Revolution beruhen. Selbst arme Menschen, die in reichen Industrieländern leben, v.a. aber deren große Mittelschichten und noch mehr die sehr reichen Menschen dieser Welt – von denen es ja in allen Weltregionen immer mehr gibt – unterhalten ganze Heere von „Energiesklaven“. Diese Heere müssten, selbst wenn ein Umstieg auf erneuerbare anstelle von fossilen Energieträgern gelingen sollte, beachtlich geschrumpft werden.

*Rückkehr zur
imaginierten
„Normalität“
billiger Energie
ausgeschlossen*

Vor diesem Hintergrund erweist sich der Krieg in der Ukraine als ein „Trigger“, ein Auslöseeffekt für eine säkulare „Energiekrise“. Die Rückkehr zu einer imaginierten „Normalität“ billiger Energie ist aber ausgeschlossen. Dafür und nicht für die nun beschleunigt vorangetriebene Militarisierung der EU, sollte der Begriff „Zeitenwende“ klugerweise verwendet werden.

3. Die Demontage eines imaginären „European Green Deal“

Die Europäische Kommission hatte 2021 eine große Wende, weg von fossilen Energieträgern, hin zu einer „Null-Emissions-Ökonomie“, angekündigt und zugleich in Aussicht gestellt, dass künftig Energie v. a. in Form von Strom für alles und jede:n in riesigen Mengen zur Verfügung stehen würde. Mit ihrem „Fit-for-55“-Programm sollten

Wirtschaft und Gesellschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts „klimaneutral“ werden.

Das war freilich nie ein besonders glaubwürdiges Versprechen. Denn es setzte nahezu ausschließlich auf das Wirken entfesselter Marktkräfte, also v. a. auf private Investitionen, um die „große Wende“ herbeizuführen. Wobei private Investor:innen damit rechnen sollten, dass ihnen durch großzügige staatliche Subventionen in den Feldern „grünen Wachstums“ viel Risiko abgenommen würde. Der „European Green Deal“ stellte in Aussicht, dass von 2045 an die in der EU durch Industrie, Verkehr, Infrastrukturen, Wohnen und Konsum erzeugten Emissionen nicht höher ausfallen würden, als sich (zumeist außerhalb der EU) wieder binden ließen. Das war also nie ein Versprechen darauf, dass alle gesellschaftlichen Bereiche in der EU tatsächlich ohne klimaschädliche Emissionen aufrechterhalten und sogar wachsen könnten. Vielmehr sollen diese, durch das wunderbare Marktinstrument handelbarer Verschmutzungszertifikate, irgendwo anders auf der Welt durch „klimafreundliche Projekte“ „ausgeglichen“ werden (Mahnkopf 2021).

Klimaneutralität nie besonders glaubwürdiges Versprechen

Dieses „business-Konzept“ lässt sich auch so formulieren: Damit wir in Deutschland oder im schönen Österreich weiterhin eine starke Industrie mit hohem Verbrauch an fossiler Energie und mit zukünftig wachsenden Bedarf an metallischen Rohstoffen aufrechterhalten können, damit weiter in privaten Kraftfahrzeugen, selbst ohne einen triftigen Anlass, durch Städte und Landschaften gerast werden kann und für Lebensmittel so wenig gezahlt werden muss, dass das Wegwerfen derselben nicht schmerzt, sollen ärmere Menschen andernorts in Arbeits- und Lebensformen hineinsubventioniert werden, die es ihnen ermöglichen, einen Beitrag zur Stabilisierung des Weltklimas zu leisten!

3.1 Blindstellen des „European Green Deal“

Das „Fit-for-55“-Programm muss leider als ein großer „(Selbst)Betrug“ bezeichnet werden. Das betrifft v. a. die „Gemeinsame Europäische Agrarpolitik“, die nicht – wie es Umweltverbände und Interessenvertreter der kleinbäuerlichen Landwirtschaft seit Jahrzehnten fordern – mit tatsächlich einschneidenden politischen Maßnahmen in kürzest

möglicher Zeit zu einer agrarökonomischen Landwirtschaft umgebaut wird. Ebenso wenig sind dem EU-Programm konkrete Maßnahmen und geplante Gesetzesvorhaben zu entnehmen, die geeignet wären, tatsächlich eine „Kreislaufwirtschaft“ in Gang zu bringen. In einer solchen müssten alle Stoffe wieder und wieder ge- und umgenutzt werden und erst dann, wenn dies nicht mehr möglich ist, in größtmöglichem Umfang und unter möglichst geringem Energieeinsatz recycelt werden. Mit einer Kennzeichnungspflicht, die den Verbrauchern:innen die „Freiheit“ lässt, ein mehr oder weniger „nachhaltig“ produziertes Konsumgut zu erwerben, ist es beileibe nicht getan.

horrende Investitionsmittel, damit Strom zur Primärenergiequelle werden kann

Selbst beim Kernstück des „European Green Deal“, dem Ausbau von Wind- und Solarenergie, waren von Anfang an erhebliche Zweifel angebracht, woher die horrenden Investitionsmittel wohl kommen mögen, die in den nächsten 10–30 Jahren zu einer exorbitanten Steigerung der installierten Leistung von Photovoltaik, Onshore- und Offshore-Windenergie führen könnten, zumal dann, wenn, wie geplant, Strom zur neuen Primärenergiequelle werden soll. Für Deutschland müsste in den Jahren 2020–2050 eine Vervierfachung des Stromangebots aus erneuerbaren Quellen erfolgen, was indes voraussetzt, dass ein großer Investitionsschub in den 8 Jahren bis 2030 erfolgt. Für das Ziel der „Klimaneutralität“, d. h. eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 95 Prozent bis 2050, würde aber selbst eine Steigerung der Photovoltaikleistung von 59 GW in 2021 und auf 395 GW in 2045, sowie von Onshore-Windenergie von 56 GW auf 150 GW und von Offshore-Windenergie von 8 GW auf 71 Gigawatt nicht ausreichen. Zusätzlich zu den geplanten Maßnahmen müsste der Energieverbrauch in Deutschland bis 2050 schlichtweg halbiert werden; vgl. dazu die vielen Interviews von Claudia Kempfert, der Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsentwicklung.

3.2 Die energiepolitische „Rolle rückwärts“

Seit Verabschiedung des REPOwer EU-Programms im März 2022, vorgeblich eine alternativlose Antwort auf den russischen Angriffskrieg, wurden die (selbst)betrügerischen Versprechen des „European Green Deal“ zu einem „Fake“-Programm, das eine energiepolitische „Rolle rückwärts“ nur schlecht maskieren kann. Nach dem von den USA erzwungenen „Aus“ für die North-Stream-II-Pipeline von Russland nach Deutschland im Februar 2022 wurde – als „Strafe“ für die russische Invasion der Ukraine – ein immer weiter verschärftes

Sanktionsregime auf den Weg gebracht. Dieses hat bislang zwar noch keine schwerwiegenden negativen Auswirkungen für Russland, dafür aber umso mehr für die Mitgliedsstaaten der EU.

Die Folgen dieses Wirtschaftskrieges, der so nicht genannt werden soll, bremsen den „European Green Deal“, noch bevor er tatsächlich in Gang gekommen wäre. Beschlossen wurde, dass in der EU für die Dauer von 5–10 Jahren mehr Kohle verbrannt werden darf. Die Genehmigung zur weiteren Braunkohleverstromung von 100 Terawatt pro Jahr entspricht in etwa dem, was ganz Belgien in einem Jahr an Energie verbraucht. Auch der Transport von Kohle aus dem fernen Australien, aus Südafrika und Kolumbien in die EU wird mit weit mehr klimaschädlichen Gasen verbunden sein als die bisherige Beschaffung aus dem raumnahen Russland.

*„Green Deal“ wird
ausgebremst bevor
er in die Gänge
kommt*

Außerdem wird die Atomenergie nun in einer ganzen Reihe europäischer Staaten kräftig ausgebaut – in Ungarn, Tschechien, der Slowakei, in Belgien, Großbritannien und in Frankreich. Dies geschieht nach einem wieder viel zu heißen Sommer 2022, in dem die Pegelstände von Flüssen (wie auch von Staudämmen) dramatisch absanken und erfahrbar wurde, was mit Atomkraftwerken anzufangen ist, die sich nicht kühlen lassen – selbst wenn sie ihr zerstörerisches Potenzial (noch) nicht in einem großen nuklearen Fallout zur Wirkung bringen. Ebenso wenig wird öffentlich darüber debattiert, woher wohl zukünftig die Brennstäbe für alte und neue Atomkraftwerke in Europa bezogen werden sollen – wenn nicht von dem Duopol aus zwei russischen und einem chinesischen Unternehmen, die den Großteil des Geschäfts in Europa abdecken (Teva 2022).

*hochriskanter
Ausbau der
Atomenergie*

Ebenso wenig wird in Rechnung gestellt, was geschehen wird, wenn tatsächlich, wie beim „European Green Deal“ geplant, die Erneuerbaren bis 2030 kräftig ausgebaut würden, es dann aber im Sommer zu Überkapazitäten in den Stromnetzen käme. Die wahrscheinlichste Folge wäre wohl, dass der Strom aus erneuerbaren Quellen abgeschaltet werden müsste, schlichtweg deshalb, weil sich Atomkraftanlagen nun einmal nicht ausschalten lassen!

*Einschließungs-
effekte der
Flüssiggas-
infrastruktur*

Als fatal und als wohl größter „Sargnagel“ für den versprochenen „Green Deal“ in Europa werden sich die ökonomischen und technologischen „Einschließungseffekte“ erweisen, die von den derzeit beiderseits des Atlantiks zum Ausbau anstehenden Infrastrukturen

für die Vergasung, den Transport und die Wiederverflüssigung von Gas (insbesondere aus den USA) ausgehen. Einmal ganz abgesehen davon, dass dieses Gas aufgrund seiner Förderungsmethode um vieles umweltschädlicher ist als das Pipeline-Gas aus Russland (weil es mit vielen Chemikalien und noch viel mehr Wasser aus der Erdkruste durch horizontale Bohrungen herausgesprengt werden muss): Der in den USA wie in der EU staatlich subventionierte Bau von Terminals, Verflüssigungs- und Wiedervergasungsanlagen sowie die Anbindung der neuen Pipelines an das bestehende Gasnetz verursachen hohe Kosten für die öffentliche Hand und für private Investor:innen. Letztere sind daher bestrebt, durch langfristige, zumindest 20 Jahre laufende Verträge sicher zu stellen, dass die Anlagen so lange wie irgend möglich genutzt werden – damit sich ihr Investment auch tatsächlich lohnt und sie diese nicht „in-den-Sand-gesetzt“ haben.

3.3 Der Umstieg auf Flüssiggasimporte verschärft die drohende Wirtschafts- und Schuldenkrise in der EU

Teures Flüssiggas aus den USA, vielleicht auch aus Staaten wie Katar, Aserbaidschan und Ägypten, die ebenso wenig westlichen Vorstellungen von „liberalen Demokratien“ entsprechen wie Russland, soll also auf mindestens zwei Jahrzehnte das (ehemals billige) Gas aus Russland ersetzen – und konkurriert dabei die Erneuerbaren ebenso

aus dem Markt wie es Kohle und Atomkraft tun. Zugleich müssen weitaus ärmere Länder wie beispielsweise Bangladesch (das durch die Folgen der globalen ökologischen Katastrophe schon heute regelmäßig von Überschwemmungen heimgesucht

wird und vergeblich um internationale Hilfe bittet) deren Energieverbrauch aber um vieles geringer ist als der EU-Staaten, durch den insbesondere von Deutschland ausgelöstes „Kaufrausch“ an den internationalen „Spot“-Märkten nun Preise für das dringend benötigte Flüssiggas zahlen, die die Leistungsfähigkeit ihrer Ökonomie bei weitem übersteigen. Das spielt im Kalkül der um ihre „Energiesicherheit“ besorgten EU-Staaten, allen voran des energiehungrigen Deutschlands, allerdings keine Rolle.

Eine große Rolle aber werden die wachsenden finanziellen Kosten spielen, die mit dem Verzicht auf russisches Gas und dessen Erset-

Flüssiggas, Atomkraft und Kohle konkurrieren Erneuerbare aus dem Markt

zung durch Kohle, Atomstrom und Gas aus anderen Quellen und Ländern verbunden sind – vor allem für Arbeitnehmer:innen, die in Zeiten einer sich ankündigenden „Stagflation“ (also stagnierendem ökonomischen Wachstum bei gleichzeitig hoher und womöglich länger anhaltender Inflation) nicht mit steigenden Lohneinkommen rechnen können.

In ihrem RePowerEU-Programm ging die EU-Kommission noch davon aus, dass es für eine „Energieunabhängigkeit von Russland“ bis zum Jahr 2027 lediglich 210 Mrd. € bedürfte und diese leicht durch eine Kombination von öffentlichen und privaten Mitteln aufgebracht werden könnten. Davon sollte ein Großteil in den Ausbau der erneuerbaren Energieträger fließen; nur 12 Mrd. € davon waren für Öl- und Gaslieferungen vorgesehen. Nach Berechnungen des Think Tank EMBER, die der „Financial Times“ zugänglich waren, werden die EU-Mitgliedsstaaten aber allein im Jahr 2022 mindestens 50 Mrd. € für neue fossile Infrastrukturen und Energielieferungen ausgeben – für 7 schwimmende LNG-Terminals, die noch in diesem Jahr in Betrieb genommen werden; für 19 weitere, die an Europas Küsten geplant sind und in der Zeit von 2023–2028 in Betrieb gehen sollen; für die Wiederinbetriebnahme von Kohlekraftwerken in Deutschland und in den Niederlanden und 12 Mrd. € allein für Öl- und Gaslieferungen im laufenden Jahr (Hancock 2022). Über die in 2023 und in den folgenden Jahren anfallenden Kosten kann bestenfalls spekuliert werden.

Energieunabhängigkeit von Russland bedeutet nicht Umstieg auf Erneuerbare

Hinzukommen die diversen staatlichen Hilfen, mit denen die Regierungen in der EU ihren Bürger:innen signalisieren, dass es sich bei den steigenden Energiekosten und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft und das Leben der Menschen um so etwas ähnliches wie die wirtschaftlichen Folgen der „Covid-19“-Pandemie handelt: eine gefährliche Entwicklung zwar, die aber von vorübergehendem Charakter ist und durch großzügige staatliche Hilfen erträglich wird. Kein anderes Land in der EU als Deutschland kann sich freilich einen so riesigen „Abwehrschirm“ (auch „Doppelwums“ genannt) in Höhe von 200 Mrd. € leisten, um Unternehmen und Bürger:innen zu signalisieren: „Keine Sorge: Alles geht weiter, wie bisher!“ Denn nur Deutschland (und die Niederlande) können sich gegenwärtig (noch!) an den Finanzmärkten zu Null-Zinsen verschulden; die meisten anderen EU-Staaten zahlen inzwischen bereits bis zu 10 Prozent, einige sogar weit mehr.

Illusion über Charakter der gegenwärtigen Krise

Festzuhalten bleibt: Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine wurden in der EU beachtliche Summen für energieintensive Industrien und für den Stromsektor mobilisiert. Zudem scheint es in Brüssel Pläne zu geben, zusätzliche CO₂-Zertifikate (im Wert von ca. 20 Mrd. €) auf den Markt zu werfen, um auf diese Weise einen Teil der Kosten, die durch den vermehrten Einkauf von fossiler Energie verursacht werden, zu kompensieren. Die finanziellen und sozialen Kosten, die sich aus einer Abwanderung europäischer Unternehmen in die USA ergeben könnten, in denen die Energiepreise deutlich niedriger sind, lassen sich heute noch gar nicht abschätzen.

*Stagflation:
kommende Jahre
bringen für euro-
päische Arbeitneh-
mer:innen in jeder
Hinsicht große
Belastungen und
Zumutungen*

Nouriel Roubini, jener US-amerikanische Ökonom, der als einziger die große Finanzkrise der Jahre 2007/8 vorausgesehen hatte, sieht insbesondere Europa auf eine Stagflation – also die fatale Kombination von länger anhaltender Inflation bei gleichzeitig stagnierendem Wachstum – zusteuern und zudem auf die größte aller bisherigen Schuldenkrisen, die dieses Mal v. a. die hochverschuldeten Staaten der Eurozone treffen dürfte und in deren Verlauf die Währungsunion zerbersten könnte (Roubini 2022).

Für europäische Arbeitnehmer:innen werden die kommenden Jahre daher in jeder Hinsicht große Zumutungen und Belastungen mit sich bringen und sie werden diese weitgehend unvorbereitet treffen. Denn noch immer suggerieren die politisch Verantwortlichen, getrieben und gestützt auf verdummende Berichterstattung in vielen Medien, es handle sich bei der „Energiekrise“ um eine vorübergehende Angelegenheit. Nach dem Vorbild der „Bail-outs“, mit denen die Folgen der Finanzkrise von 2007/8 für die Realwirtschaft abgefedert wurden, organisieren sie, allen voran die deutsche Bundesregierung, wenig zielführende „Schutzschirme“ für Haushalte und Unternehmen, seien dies „Gaspreisdeckelungen“ oder Benzinpreissubventionen.

Statt Niedrigeinkommensbezieher:innen durch Pauschalzahlungen gezielt zu entlasten, den Druck, den hohe Energie- und Spritpreise auf den Energieverbrauch ausüben, aber an Unternehmen und Haushalte weiterzugeben, um diese tatsächlich zu dauerhaftem und umfänglichem Energiesparen zu veranlassen, werden staatliche Mittel, die für den Um- und Ausbau von öffentlicher Verkehrsinfrastruktur, für die energetische Sanierung von Bestandswohnungen und für den Ausbau der Infrastruktur für erneuerbare Energie so dringend benötigt werden, „mit der Gießkanne“ verteilt. Die Steuerungswirkungen dieser

„Geschenke“ dürften minimal sein. Doch wecken sie Erwartungen, die spätestens im nächsten Winter, wenn das Gas noch knapper und daher wieder teurer wird, zu Enttäuschung, Wut und möglicherweise auch zu gewalttätigen Protesten Anlass geben.

4. „Climate Endgame“ anstelle sozialökologischer Transformation?

Nichts wäre heute dringlicher als tatsächlich eine „Zeitenwende“ einzuleiten, indes nicht die vom deutschen Bundeskanzler von Olaf Scholz gemeinte in Richtung geopolitischer Konfrontation und militärischer Aufrüstung der EU. Eher schon gäbe das von Emanuel Macron angekündigte „fin de l’abondance“ (das Ende des Überflusses) die Richtung vor. Dieser Satz hat zwar, nicht zuletzt aufseiten der französischen Linken, große Empörung ausgelöst. Dies v. a. deshalb, weil viele Menschen – und das trifft nicht allein auf Frankreich zu – sich schon längst nicht mehr als im Überfluss lebend sehen. Und doch würde eine „Zeitenwende“, die eine Antwort auf die größte der uns bedrohenden Krise zu finden versuchte, tatsächlich vieles als Überfluss identifizieren müssen, was für uns heute noch zu den selbstverständlichen Annehmlichkeiten unseres Lebens gehört.

*Welche Art von
Zeitenwende
brauchen wir?*

4.1 Alarmierende Befunde im Vorfeld der 27. UN-Klimakonferenz im November 2022

Für wenige Menschen in unseren Breiten scheint es von alltagspraktischer Bedeutung zu sein, dass wir schon in einem der nächsten Jahre die allen klima- und energiepolitischen Programmen der letzten Jahrzehnte zugrunde gelegte Zielmarke von 1,5° durchschnittlicher globaler Klimaerwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau überschreiten werden. Dabei hat diese Marge immer schon die unterste aller möglichen Warnstufen bezeichnet. Das räumen die führenden Klimaforscher:innen dieser Welt inzwischen ein (Kemp u.a. 2022).

Es entsprach der Logik der Pariser Klimaverhandlungen im Jahr 2015, sich auf die in naher Zukunft bevorstehende eher niedrige Erderhitzung von 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Level zu fokussieren. Heute zeigt sich indes, dass die Komplexität der Wechselwirkungen in den Modellen des Weltklimarats IPPC wohl grundsätzlich unterschätzt wurde. Weil das System des modernen, auf fossiler Energie basierenden Industriekapitalismus nicht in Frage gestellt werden soll, gehören Schönrederei und v. a. das Schönrechnen zur üblichen

*Klimapolitik:
moderner, auf
fossiler Energie
beruhender...*

... *Industriekapitalismus soll nicht in Frage gestellt werden*

Praxis von politischen Entscheidungsträgern. Doch auch Nichtregierungsorganisationen beteiligen sich an diesem gefährlichen Spiel – meist in der Überzeugung, dass politische Entscheidungen unbedingt „attraktiv“ erscheinen müssen und die Wahrheit den Menschen nicht zumutbar ist. Die Gemeinschaft der Klimaforscher:innen, die nicht als „Panikmacher:innen“ diskreditiert werden wollte, hat dabei mitgespielt, Annahmen über eine nahende ökologische Katastrophe abzuschwächen.

Kipppunkte führen zu kaskadenartigen Dominoeffekten

Die nach wie vor verbreitete Rede vom „Klimawandel“ legt es nahe, dass die Erwärmung der Erde sukzessive vor sich geht. Dabei ist schon seit langem bekannt, dass, wenn bestimmte „Kipppunkte“ bei wichtigen bio-physischen Systemen der Erde erreicht sind, keine allmähliche Verschlechterung der Lebensbedingungen für Menschen, Tiere und Pflanzenwelt eintritt; vielmehr ist dann mit kaskadenartigen Dominoeffekten zu rechnen, die zu einem irreversiblen Zusammenbruch ganzer Ökosysteme führen und, über Rückkopplungsmechanismen mit anderen Ökosystemen, die Erde in einen Glühofen verwandeln werden.

Worst Case: Anstieg der globalen Mitteltemperaturen um 3,0 Grad bis Ende des Jahrhunderts

Bereits Anfang August 2022 waren einflussreiche Klimaforscher:innen mit der alarmierenden Nachricht an die Weltöffentlichkeit getreten, waren, dass wir uns nicht mehr auf dem günstigsten aller Entwicklungspfade bewegen, sondern auf einem, der den „worst case“, den schlimmstmöglichen Ausgang, wahrscheinlich macht: einen durchschnittlichen Anstieg der globalen Mitteltemperaturen von 3,0°C oder gar mehr bis zum Ende dieses Jahrhunderts! Im Vorfeld des Klimagipfels COP27 wurde dieser Befund von zahlreichen Studien anderer Institutionen bestätigt. Demnach wurden in den Jahren der „großen Beschleunigung“ bei ökonomischem Wachstum, Urbanisierung, industrieller Landwirtschaft, die freilich auch mit einer deutlichen Verbesserung von Gesundheits- und Bildungsversorgung einherging, irreversible Veränderungen der bio-physischen Erdsysteme ausgelöst. Diese katapultieren uns nun in beängstigendem Tempo bis zum Ende des 21. Jahrhunderts, d. h. in nur 80 Jahren, zurück in eine extreme Erwärmungsphase, die der ähneln könnte, die die Erde – für die Dauer von ca. 200 000 Jahren – zuletzt im frühen Paläozän/Eozän vor ca. 55 Millionen Jahren erfahren hat. Das war eine Zeit, lange bevor, nach der letzten großen Eiszeit, die so menschenfreundliche erdgeschichtliche Phase des Holozäns vor ca. 12.000 Jahren begonnen hat, die wir damit definitiv verlassen

(vgl. UNEP 2022, WMO 2022, WMO/EU Copernicus Service 2022, Lancet 2022).

Was die Klimaforscher:innen als „Climate Endgame“ bezeichnet haben, liest sich in den anderen Studien vom Herbst 2022 so: Es gibt schlichtweg keinen glaubwürdigen Pfad, der das 1,5°-Ziel noch erreichbar machte. Selbst wenn alle vor einem Jahr bei der COP26 in Glasgow von den Staatenvertreter:innen gegebenen Versprechen eingelöst würden – wovon angesichts des energiepolitischen „Roll-backs“ des Jahres 2022 keine Rede sein kann – würden wir bei einer durchschnittlichen Erwärmung von mehr als 2,1 – 2,9°C landen, einem Level, das die Welt zu einem katastrophalen Klimazusammenbruch verurteilte (UNEP 2022). Das IPPC schätzt, dass ein Klimazusammenbruch nur zu verhindern wäre, wenn die Treibhausgasemissionen innerhalb der nächsten 8 Jahre um 45 Prozent sinken würden – was aber ganz unmöglich ist, weil die Energiekonzerne, mit großen Vermögensverwaltern wie BlackRock und Vanguard im Rücken, gerade fast 200 neue „carbon bombs“ (CO₂-Bomben) bauen, also in die Exploration und in die Förderung von Öl und Gas investieren, was zusätzlich zu den 36,5 Mrd. CO₂-Emissionen, die im Jahr 2021 erzeugt wurden, noch einmal 1 Milliarde CO₂ hinzufügen.

kein glaubwürdiger Pfad zu 1,5 Grad Ziel und Bau neuer CO₂-Bomben

Die UN-Organisation für Weltmeteorologie stellt fest, dass alle Treibhausgase im Jahr 2021 Höchstwerte erreicht und v. a. die Methangasemissionen in alarmierendem Umfang zugenommen haben. Eine andere Studie derselben Organisation, die zusammen mit dem Kopernikus-Dienst der EU erstellt wurde, konstatiert, dass sich die Temperaturen in Europa besonders schnell erhöhen, in der Zeit von 1991 bis 2005 um durchschnittlich 0,5°C pro Dekade und dies v. a. in den nördlichen Regionen, wo beim grönländischen Eisschild der „Kipppunkt“ wohl bereits überschritten wurde (WMO 2022, WMO/Copernicus Climate Change Service 2022). Mit den Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Verbreitung von Hunger, Infektionskrankheiten, Hitzetoten und Opfern von Überschwemmungen beschäftigt sich eine Studie in der weltweit bedeutendsten medizinischen Fachzeitschrift „Lancet“ (Lancet 2022). In den Worten des UN-Generalsekretärs Antonio Gutierrez lautet der Befund daher: „Wir steuern auf eine globale Katastrophe und auf eine Klimaerwärmung, die die Ökonomie zerstören wird.“

Warnung von Antonio Gutierrez

Nur die International Energy Agency versucht Optimismus zu verbreiten, mit der Einschätzung, dass die hohen Energiepreise immer mehr Länder zum Ausbau der erneuerbaren Energieträger treiben würden und die CO₂-Emissionen fossiler Energie daher in 2025 einen Höhepunkt erreicht haben könnten – was wohl eher Wunschdenken bleiben wird.

4.2 Das Gebot der Stunde: Ausrichtung aller Politik, auf allen Ebenen und unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte auf einen „ökologischen Imperativ“!

*ökologischer
Imperativ als
Gebot der Stunde*

Nichts scheint am Ende des Jahres 2022 weniger vorstellbar als die Ausrichtung jeglicher Politik im nationalen, europäischen und internationalen Rahmen auf die harten Zwänge eines „ökologischen Imperativs“ und dennoch ist genau dies das Gebot der Stunde. In erster Linie würde ein solcher Imperativ verlangen, den Energieverbrauch pro Kopf der Weltbevölkerung drastisch und schnell zu reduzieren, was Menschen in Gambia oder in Indien wohl weniger Kopfzerbrechen verursachen würde als Österreicher:innen und Deutschen und erst recht jedem:r US-Bürger:in.

Der Notwendigkeit 80 Prozent der fossilen Energieträger im Boden zu lassen, den Methanausstoß zu halbieren und 30–50 Prozent der Erdoberfläche unter Schutz zu stellen und wirtschaftlicher Nutzung weitgehend zu entziehen, um den rasant fortschreitenden Verlust der Artenvielfalt einzudämmen sowie die Entnahme aller Arten von Mineralien strikt zu regulieren und zu rationieren, wird auf absehbare Zeit aber wohl niemand Folge leisten. Weil der dringend nötige, rasche und umfängliche Umbau der industriellen Landwirtschaft mit steigenden Lebensmittelpreisen v. a. in den reichen Industrieländern des globalen Nordens verbunden wäre, wird auch dieser wichtige Schritt nicht vollzogen werden und wird der „Krieg gegen den Boden“ (Schinn 2019) fortgesetzt.

*Schrumpfung und
strikte Regulierung
des Finanzsektors*

Teile des Finanzsektors müssten durch strikte Regulierung der zulässigen Transaktionen geschrumpft werden, nicht allein, weil darüber die schmutzigen Geschäfte mit den neuen „Kohlenstoffbomben“ abgewickelt werden, sondern auch weil wir seit langem darüber diskutieren, wie sehr die Akteur:innen auf diesen Märkten die Spaltung der Gesellschaften in Geldvermögensbesitzer:innen und Schuldner:innen, mithin die soziale Ungleichheit, immer weiter vertiefen. Dies steht spätestens seit der großen Finanzkrise 2007/8

ganz oben auf der Agenda für eine Zivilisierung des „Raubtierkapitalismus“, wird aber von keiner Regierung der Welt ernsthaft verfolgt.

Dass irgendwo in Europa ernsthafte Anstrengungen unternommen würden, das Wiedernutzen, das Umnutzen von allen möglichen Infrastrukturen und jedweden Stoffen anstelle von Neuproduktion durch harte Eingriffe in die Gewerbefreiheit von Marketing- und Werbungsbranche zu erzwingen und schließlich, wenn beides nicht mehr möglich sein sollte, das Recyclen von Stoffen verbindlich vorzuschreiben, scheint ebenso „utopisch“ zu sein. Dies würde u. a. auch verlangen, unsere Bildungssysteme so umzubauen, dass sie die Arbeitnehmer:innen von morgen auf neue Kombinationen von (deutlich mehr) Hand- und (von durch Computer lediglich unterstützte) Kopfarbeit vorbereiten.

Auch eine strikte Anwendung bestehender Kartellgesetze oder gar eine koordinierte Schrumpfung von marktbeherrschenden Unternehmen sowie solchen, die die Umweltverträglichkeit ihrer Produkte nicht nachweisen können (wozu gewiss die Waffenindustrie, aber auch große Teile der Petrochemie gehören) wird hierzulande keine Zustimmung finden, würde dies doch insbesondere von den Gewerkschaften verlangen, dass sie sich proaktiv für den raschen Strukturwandel ganzer Branchen einsetzen.

Unternehmen müssen Umweltverträglichkeit ihrer Produkte nachweisen

Dass in naher Zukunft ein Handelssystem etabliert würde, welches Güter, die nicht vornehmlich von kompetitiven menschlichen Fähigkeiten abhängen – wie Energieträger, Rohstoffvorkommen oder Grundnahrungsmittel – von den Regeln des Freihandels ausnimmt, gehört ebenfalls nicht zu den politischen Zielen, die in der EU (oder anderen G20-Staaten) im Konsens durchsetzbar wären. Noch weniger wird sich wohl Einigkeit darüber erzielen lassen, dass wir eine Rohstoffbeschaffung nach den Regeln einer „managed austerity“, also einer „gesteuerten Sparsamkeit“ zu organisieren hätten und dabei den „natural rich“, also den Ländern, die zwar reich an Rohstoffen, aber arm an vielem anderen sind, Preise garantieren müssten, die hoch genug sind, um sie in die Lage zu versetzen, der Überausbeutung und Zerstörung der sich in ihren Ländern befindlichen „Schätze der Natur“ zu verhindern. Denn diese Schätze, so Karl Marx, gehören weder

einer Person, noch einem Staat, noch nicht einmal der Menschheit als ganzer; sie sind dieser nur zur sorgsam Pflege überlassen und sollten einer anderen Generation von Menschen in einem „besseren Zustand“(!) übergeben werden.

*dafür kämpfen,
dass der Staat
mehr durch Recht
als durch das Geld
und den Markt
seinen Steuerungs-
aufgaben
nachkommt*

Nichts davon steht heute auf der politischen Tagesordnung in Europa, auch nicht auf der Tagesordnung von Gewerkschaften, die sich vornehmlich um die „Brot-und-Butter-Fragen“ ihrer Mitglieder kümmern. Doch wer, wenn nicht diese hätten noch Instrumente in der Hand, um dafür zu kämpfen, dass der Staat mehr durch Recht als durch das Geld und den Markt seinen Steuerungsaufgaben nachkommt – durch strikte Ge- und Verbote, durch Rationierung, Planung und Kontrolle, durch die Überführung von Betrieben der Wasser- und Energieversorgung in öffentliche Hände und ja, auch durch Eingriffe in die Eigentumsordnung. Denn anders wird es nicht zu einer sozial-ökologischen Wende kommen – in der kurzen Zeit, die uns dafür noch zur Verfügung steht.

*menschliche
Zivilisation ohne
kapitalistische
Akkumulations-
dynamik und
viel geringerem
Energieverbrauch
organisieren*

Eine solche „radikale Wende“ setzte voraus, dass zwei Prinzipien, auf denen der moderne Industriekapitalismus beruht, grundsätzlich infrage gestellt werden. Dies ist zum einen die Freisetzung von Märkten aus jeglicher gesellschaftlichen Kontrolle und ihre Überantwortung an ein zutiefst inhumanes Prozedere: die Steuerung von Angebot und Nachfrage nach Waren jeglicher Art allein durch einen Preis, der sich auf unregulierten Märkten bildet. Zum anderen ist dies das Prinzip, durch die Nutzung von fossilen Energieträgern die Energieproduktion pro Hektar Land stetig zu vermehren – obwohl doch die „Kugelfläche der Erde“ (I. Kant) bekanntlich endlich ist.

Nur wenn es uns in sehr kurzer Zeit gelingen sollte, die menschliche Zivilisation so zu organisieren, dass sie ohne die kapitalistische Akkumulationsdynamik auskommt und mit einem sehr viel geringeren Energieverbrauch als wir ihn in den altindustrialisierten Ländern des globalen Nordens haben, gibt es für die Menschheit auf diesem einstmals so schönen blauen Planeten noch eine Zukunft.

Literatur

- » *Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2007): Grenzen der Globalisierung. 7. Aufl. Münster.*
- » *DERA (Deutsche Rohstoffagentur) 2021: Rohstoffe für Zukunftstechnologien 2021, Berlin.*

- » Hancock, Alice (2022): *Europe's new dirty energy: the 'unavoidable' evil of wartime fossil fuels*, in: *Financial Times*, Brussels, September 6, 2022.
- » International Energy Agency (2021): *Net Zero by 2050. A Roadmap for the Global Energy Sector*; www.iea.org (abgerufen am 06.11.2022).
- » Kemp, Luke et al. (2022): *Climate Endgame: Exploring catastrophic climate change scenarios*, in: *PNAS*, 111 (34); <https://doi.org/10.1073/pnas.2108146119> (abgerufen am 06.11.2022).
- » Mahnkopf, Birgit (2019): *Die falschen Versprechen des digitalen Kapitalismus*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2019: 89–98, 11/2019: 70–76
- » dies. (2021): *Nebelkerze Green New Deal. Die leeren Versprechen eines „grünen Kapitalismus“*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2021: 75–84
- » dies. (2022a): *Der Kampf um Eurasien. Von der Globalisierung zurück zur Geopolitik*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2022: 67–76.
- » dies. (2022b): *Green Deal als Pfad ökologischer Transformation im Kapitalozän?*, in: *Jahrbuch der Erich-Fromm-Gesellschaft 2022 (im Erscheinen)*.
- » Meyer, Teva (2022): *Geopolitik der Brennstäbe*, in: *Le monde diplomatique*, März 2022.
- » Romanello, Marina et al. (2022): *The 2022 Report of the Lancet Countdown on health and climate change: health at the mercy of fossil fuels*, [http://doi.org/10.1016/S0140-6736\(22\)015409](http://doi.org/10.1016/S0140-6736(22)015409) (abgerufen am 06.11.2022).
- » Roubini, Nouriel (2022): *Megathreats: 10 Bedrohungen unserer Zukunft – und wie wir sie überleben*, Kreuzlingen/München.
- » Schwinn, Florian (2019): *Raubbau an der Erde: Unser Krieg gegen den Boden*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2019: 99–111.
- » UNEP 2022: *Emission Gap Report 2022*, UNEP, Kenya.
- » WMO (World Meteorological Organisation) (2022): *Temperatures in Europe increase more than twice global average*, Prese Release 2. Nov. 2022.
- » WMO/EU's Copernicus Service (2022): *European State of the Climate Report*; www.climate.copernicus.eu (abgerufen am 06.11.2022)
- » World Bank (2020): *Minerals for Climate Action: The Mineral Intensity of Clean energy Transition*, Washington.